

KARL-HEINZ EBERHARDT, *Sektorenleiter im Ministerium der Justiz*  
Dr. ROLF DAUTE, *Oberrichter am Bezirksgericht Karl-Marx-Stadt*  
HEINZ DUFT, *wiss. Mitarbeiter im Ministerium der Justiz*

## Antwort auf erste Fragen zur Anwendung des Familiengesetzbuchs

In diesem Beitrag soll zu einigen Fragen Stellung genommen werden, die in Beratungen mit Richtern aufgetreten sind und deren Klärung für die richtige Anwendung des neuen Familienrechts erforderlich ist.

### Eigentums- und Vermögensverhältnisse der Ehegatten

#### *Anschaffungen vor der Ehe*

Nach § 13 Abs. 1 FGB werden die während der Ehe durch Arbeit oder aus Arbeitseinkünften erworbenen Sachen, Vermögensrechte und Ersparnisse gemeinschaftliches Eigentum der Ehegatten. Daraus folgt, daß die vor der Ehe angeschafften Gegenstände mit der Eheschließung nicht kraft Gesetzes gemeinschaftliches Eigentum werden, sondern nur dann, wenn das entweder bei der Anschaffung oder später vereinbart wurde. Liegt eine solche Vereinbarung nicht vor, dann ist jeder Ehegatte Eigentümer der Sachen, die er vor der Eheschließung erworben hat.

#### *Eigentum bei Getrenntleben*

Werden aus Arbeitseinkünften erworbene Sachen gemeinschaftliches Eigentum, wenn die Ehegatten getrennt leben? Wem gehört also die Wohnungseinrichtung, die sich der getrennt lebende Ehegatte aus seinem Arbeitseinkommen kauft und ohne seine Familie nutzt? Sie gehört nach § 13 Abs. 1 FGB den Ehegatten gemeinsam<sup>1</sup>, wenn diese nicht gemäß § 14 FGB etwas anderes vereinbart haben oder ein Ehegatte nach § 41 FGB die vorzeitige Aufhebung der Eigentums- und Vermögensgemeinschaft erwirkt hat. Man kann nicht davon ausgehen, daß Sachen, die der getrennt lebende Ehegatte gekauft hat, i. S. des § 13 Abs. 2 Satz 2 der Befriedigung seiner persönlichen Bedürfnisse dienen und deshalb sein Alleineigentum geworden seien. Diese Bestimmung betrifft vielmehr vor allem Kleidungsstücke und solche Gegenstände, die man benötigt, wenn man persönlichen Neigungen (z. B. Sport, Sammlungen, kulturelle Selbstbetätigung) nachgehen will.

#### *Arbeitseinkünfte und Spargelder*

Aus Arbeitseinkünften stammende Gelder werden erst dann gemeinschaftliches Eigentum der Ehegatten, wenn sie als Spargelder zu betrachten sind. Erst wenn der Ehegatte entschieden hat, wie sein Arbeitslohn verwendet wird, zeigt sich, welche Gelder gemeinschaftliches Eigentum der Eheleute werden. Spart er einen Teil seines Arbeitslohnes, ohne daß eine Vereinbarung nach § 14 FGB vorliegt, dann werden diese Spargelder gemeinschaftliches Eigentum beider Ehegatten. Wann Gelder als gespart zu betrachten sind, ist in jedem Einzelfall nach eingehender Aufklärung des Sachverhalts zu entscheiden. Die auf Sparkonten einge-

zahlten Gelder sind, auch wenn nur ein Ehegatte Kontoinhaber ist, gemäß § 13 Abs. 1 FGB gemeinschaftliches Eigentum der Eheleute, es sei denn, sie haben abweichende Vereinbarungen nach § 14 FGB getroffen.

Die Kreditinstitute sind dazu übergegangen, auf Löschung von Sparkonten hinzuwirken, wenn der Kontoinhaber gleichzeitig ein Gehaltskonto unterhält. In einem solchen Fall befinden sich auf dem Gehaltskonto sowohl Arbeitseinkünfte, die noch nicht den Charakter von Ersparnissen haben, als auch Spargelder. Um das gemeinschaftliche Eigentum der Ehegatten festzustellen, ist zu untersuchen, in welcher Höhe bisher vom Arbeitsentgelt Ersparnisse gemacht worden sind.

Ein vor dem 1. April 1966 auf den Namen eines Ehegatten errichtetes Sparkonto ist nach § 4 EGFG ebenfalls gemeinschaftliches Eigentum der Eheleute. Das ist nur dann nicht der Fall, wenn es sich um Gelder handelt, die dem Kontoinhaber als Geschenk oder Auszeichnung zugewendet wurden oder ihm durch Erbfall zugefallen sind (§ 13 Abs. 2 FGB), oder wenn die Ehegatten früher vereinbart haben, daß diese Spargelder Alleineigentum des Kontoinhabers sein sollen, und sie an dieser Vereinbarung auch nach Inkrafttreten des Familiengesetzbuchs festhalten. Es ist allerdings auch möglich, daß die Eheleute nach dem 1. April 1966 andere Vereinbarungen treffen, die bei jeder Vermögensauseinandersetzung gründlich zu erforschen sind, da der Inhaber eines Sparkontos nicht Eigentümer der Spargelder zu sein braucht.

### Beendigung der Eigentums- und Vermögensgemeinschaft

#### *Vermögensauseinandersetzung*

Grundsätzlich kann nur das gemeinschaftliche Eigentum und Vermögen verteilt werden, das bei Beendigung der Ehe vorhanden ist. Die Teilung erfolgt nach § 39 Abs. 1 FGB zu gleichen Teilen. Das Gericht kann aber auch ungleiche Anteile festlegen, wobei — wie aus dem Wort „insbesondere“ folgt — die Aufzählung der dazu führenden Fälle in § 39 Abs. 2 FGB nicht erschöpfend ist. Hat z. B. ein Ehegatte mißbräuchlich über gemeinsames Eigentum oder Vermögen verfügt (Verstoß gegen § 15 FGB) und es dadurch geschmälert, dann ist dies bei der Vermögensauseinandersetzung in der Weise zu berücksichtigen, daß sein Anteil entsprechend geringer bemessen wird. Ebenso ist zu verfahren, wenn wegen persönlicher Verbindlichkeiten eines Ehegatten das gemeinschaftliche Eigentum nach § 16 Abs. 1 FGB in Anspruch genommen<sup>2</sup> und dadurch geschmälert worden ist<sup>3</sup>.

<sup>2</sup> Vgl. Daute, „Mein und Dein nach der Scheidung“, Der Schöff 1966, Heft 5, S. 155 ff.

<sup>3</sup> Anders dagegen, wenn das Volistreektungsgericht die Rechte des anderen Ehegatten gemäß § 16 Abs. 2 FGB durch Übertragung des Alleineigentums an einzelnen Vermögensteilen gesichert hat.

<sup>1</sup> Vgl. Eberhardt, „Zu einigen Ergebnissen der Diskussion über den FGB-Entwurf“, NJ 1966 S. 8; Hejhal, „Eigentums- und Vermögensbeziehungen der Ehegatten im neuen FGB“, Der Schöff 1966, Heft 3, S. 82 ff.